

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

**Amtsblatt** der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindegemeinder des Bezirks. Dieses Blatt im Bezirk. - - - Erscheint seit 1846.



**Anzeigeblatt** für Bischofswerda, Neustadt, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - - Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Besucht jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.20; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.20 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. - - - Gemeindeverbandsgroßkasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsleistungen - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Mofse 20 oder deren Raum 35 Pfg., drittel Anzeigen 25 Pfg. Im Textteil (Zm. Mofse 17) 75 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. - - - Amliche Anzeigen die gespaltene Zeile 80 Pfg. - - - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - - - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 103.

Dienstag, den 6. Mai 1919.

73. Jahrgang.

## Das bewährte Alte.

Als in den Tagen des Umsturzes die breite Masse die Führer zu fragen wagte, was denn die Revolution bringen werde, konnten diese nur eine Antwort: Die Revolution werde auf den Trümmern der preussischen und deutschen Einrichtungen Neues aufbauen. Man werde das alte System ausrotten und eine neue herrliche Zukunft schaffen, die jedem Glück und Zufriedenheit, Freiheit und Wohlleben bringen soll. Und als Schreckensgespenst des alten Systems wurde jeder Zwang hingestellt, der den Begriff des Zwanges aber war jedem, der nun dem früheren alten System das Erbteil mit lang, der Militarismus. Doch es ist anders gekommen, als die Führer der Revolutionsparteien es der Masse versprochen. Je mehr wir uns von jenem Tag entfernen, der die Macht den Parteien der Linken in die Hand legte, desto deutlicher zeigt es sich, daß das alte System doch Eigenschaften besaß, über die man wohl spotten und schimpfen konnte, die aber unerlässlich sind, um das deutsche Staatshaus aufrecht zu erhalten. Der Militarismus wurde schon während der Zeit der Demobilisierung wieder geschaffen, weil eine Regierung ohne Machtmittel, das heißt ohne Waffe, die sich für sie einsetzt, nicht denkbar war. Es kamen die Freiwilligenverbände (nach zahlreichen Experimenten) und diese Verbände sind uns heute nur deshalb so wertvoll geworden, weil sie nach der alten militärischen Schablone eingerichtet wurden und der Anbegriff aller Freiwilligenherrlichkeit, die Disziplin wieder eingeführt wurde, die man vor noch nicht langer Zeit mit Füßen getreten hatte. Die Regierung wurde durch den neuen Militarismus aus schwerer Not errettet und das deutsche Land wiederholt (bald hier bald da) dem Bolschewismus entzogen. Die Freiwilligenregimenter mußten eingreifen, wenn politische Ausschüßel und Ausschreitungen eine neue Gefahr heraufbeschworen, sie mußten Arbeitsfreiwillige gegen den Terror kämpfen und wiederholt mit Waffengewalt Streitenden Bernunft einjagen.

Und nun kommt aus Oberschlesien die Meldung, daß der Staatskommissar für Oberschlesien, ein mehrheitspolitischer Abgeordneter der Nationalversammlung für Oberschlesien den Arbeitszwang auf militärischer Grundlage eingeführt habe, dergestalt, daß die Arbeiter durch militärischen Befehl zur Arbeit befohlen wurden. Wir werden hierdurch also wieder an jene Zeiten des Krieges erinnert, da die Militärbehörden das Machtmittel wiederholt anwandten, jene Arbeitsunlustigen einfach in bunten Rod zu stecken, wenn sie nicht freiwillig die Arbeit wieder aufnahmen. Und Empörung ging damals durch die Reihen der Sozialdemokraten. Sie hatten gegen diese militärische Methode soviel Einwände, daß sie bei jeder Gelegenheit der Regierung nahelegten, gegen dieses Machtmittel des Militarismus entschiedene Front zu machen. Heute haben sie sich selbst davon überzeugt, daß nicht nur der Militarismus, sondern auch jene Härten des Militarismus, jene Kriegsnotwendigkeiten, unumgänglich notwendig waren, und sie nun in die neue Zeit übernommen werden müssen.

Man hätte nur gewünscht, die Regierung oder ihre ausübenden Organe hätten sich schon früher zu der Erkenntnis durchgerungen, daß man (wenn's not tut) selbst rigorose Mittel anwenden müsse. Und wäre bei vielen der Streiks, die unser Wirtschaftsleben bereits so schwer geschädigt, unsere Lebenshaltung und Außenverbindungen beeinträchtigt haben, schon rücksichtslos aus dem „alten System“ der Arbeitszwang auf militärischer Grundlage hervorgeholt worden, dann stände es gewiß heute bedeutend besser um uns. Man tastet heute langsam vorwärts, indem man mehr und mehr das bewährte von ehedem zur Hilfe nimmt. So wird man gewiß allmählich auch dahin kommen, daß selbst eine Revolution nicht einfach Neues schaffen kann und das alte begraben muß.

## Die Nationalversammlung in Berlin.

Berlin, 5. Mai. (Von unserem Berliner Vertreter.) Die deutsche Nationalversammlung war für den 6. Mai nach Weimar einberufen worden, jetzt hat der Präsident der Nationalversammlung bekannt gegeben, daß diese Sitzung ausfällt, ebenso Fraktionssitzungen und daß sich die Mitglieder der Nationalversammlung vom 7. Mai ab in Berlin aufhalten sollen, um zur sofortigen vorübergehenden Einberufung der Nationalversammlung in Berlin bereit zu sein. Der Präsident spricht dabei von dem Ernst der Verhältnisse. Der

Haushaltungsausschuß ist bereits für den 7. Mai nach Berlin einberufen worden.

Das heißt man nicht, daß die Nationalversammlung fortan in Berlin tagen werde, sondern, wie mir aus parlamentarischen Kreisen versichert wird, werden in den nächsten Tagen die feindlichen Friedensbedingungen erwartet. Es ist nur nicht möglich, in Weimar darüber so schnell und gründlich zu beraten, wie in Berlin, wo alles Material und die zuständigen Beamten vorhanden sind. Es würde für ausgeschlossen erachtet, daß sich die notwendigen Unterlagen zu allen Einzelberatungen so schnell zur Stelle schaffen ließen, wie es notwendig wäre und in diesen Fällen wäre es nicht einmal möglich, überhaupt die Akten nach Weimar zu erhalten, die von Berlin nicht entfernt werden können. Hinzu kommt noch, daß wohl eine Verbindung zwischen Versailles und Berlin, dagegen nicht mit Weimar besteht. Schließlich aber wurde auch als berechtigter Faktor bei der Beurteilung der Frage, wo man über den Frieden beraten solle, der Umstand angeführt, daß Berlin für die wichtige Entscheidung den besten Resonanzboden darstelle.

Die Regierung hat diesen Erwägungen beipflichten müssen und glaubt außerdem, die Sicherheit der Nationalversammlung selbst in Berlin verbürgen zu können. Während die Sitzungen in Berlin andauern werden, steht noch nicht fest, - Man rechnet mit einer längeren Dauer, wenigstens bis die Friedensfrage gelöst ist. Wo die Sitzungen stattfinden werden, ist noch nicht bestimmt. Man spricht davon, daß das Stadtschloß in Aussicht genommen sei, bis das Reichstagsgebäude wieder bezogen werden kann.

## Wann wird der Friedensvertrag überreicht?

Verailles, 4. Mai. (W. I. B.) Die deutsche Delegation ließ heute amlich bei den Entente-Regierungen anfragen, wann der Friedensvertrag überreicht werde. Die Entente erteilte bisher keine Antwort.

In Versailles sind Schwierigkeiten entstanden durch die Abwesenheit der italienischen Delegation. Wir haben damals sofort darauf hingewiesen, daß der italienisch-amerikanische Zwist für uns höchst ungelogen kommt, weil er geignete sei, den Friedensabschluss aufs neue zu verzögern. Außerdem sind noch Schwierigkeiten finanzieller Art entstanden.

Paris, 4. Mai. (W. I. B.) „Petit Parisien“ schreibt: Man dürfe nicht damit rechnen, daß der Friedensvertrag der deutschen Delegation am Dienstag oder Mittwoch überreicht werde, sondern erst am Freitag oder Sonnabend. Es handelt sich laut „Matin“ vor allem darum, die Rückkehr der italienischen Delegation herbeizuführen und ferner verschiedene Vertragspunkte zu regeln. Der Dreierat erklärte laut „Journal“ am ganzen gestrigen Tage die Möglichkeit der Zurückberufung der Italiener, doch wurde kein Ergebnis erzielt, obwohl nur die Art der Zurückberufung, nicht aber der Vorankunft selber besprochen wurde. Die Frage sei äußerst heikel. Die Presse weist erneut auf die Notwendigkeit der Anwesenheit der Italiener hin. Mehrere die italienische Delegation nicht zurück, so müsse der Friedensvertrag erneut revidiert werden, da die jetzt festgestellten Sicherungen sonst ungenügend wären. Sehr schwierig scheinen auch die Verhandlungen über die Finanzfrage zu sein. „Journal“ setzt auseinander, daß Amerika nicht gewillt sei, die von Deutschland zu bezugenden 25 Milliarden Staatsanleihe zu garantieren, damit sie auch von den Neutralen in Zahlung genommen werden können, da ohne amerikanisches Giro die Vollwertigkeit dieser Staatsanleihe nicht unerschöpflich feststeht. Amerika befrüchte, daß es durch die Behebung deutscher Staatsanleihe der Hauptgläubiger Deutschlands, ja ganz Europas, werde. Man suche jetzt Mittel zur Umgehung dieser Schwierigkeit.

## Einladung an Italien.

Paris, 4. Mai. (Reuter.) Der Rat der Drei hat Italien eingeladen, an den Sitzungen der Friedenskonferenz wieder teilzunehmen. Die Einladung ist in einem Ton gehalten, der vermuten läßt, daß Italien sie annehmen wird.

## Italienische Drohungen.

Spalato, 4. Mai. (Saitbacher Korrespondenz-Büro.) Aus Czara und Sebenico wird berichtet, daß die Italiener große Transporte von Militär- und Kriegsgüter aller Art ausliefern. Die Streitkräfte werden im Osten des Landes zu-

ammengedogen. Die Berggegenden und Pässe werden befestigt.

## Die belgischen Forderungen.

Verailles, 4. Mai. (W. I. B.) Eine Hauptschwierigkeit scheint belgischerseits zu bestehen. Die belgische Delegation hält den Vorschlag der Alliierten auf Gewährung eines Vorschusses von 2½ Milliarden, der auf die deutsche Entschädigung berechnet werden soll, sowie die Übernahme der belgischen Kriegsschuld von 5 Milliarden durch die Alliierten unter dem Vorbehalt der Rückerstattung durch Deutschland für durchaus ungenügend. Die Finanzkrisis sei dadurch heraufbeschworen, daß Deutschland 7½ Milliarden Papiermark zum Zwangskurs von 1,25 Franks in Belgien in Umlauf setzte, während der Markkurs heute 45 Centimes sei. „Journal“ sagt, man sei in Brüssel schwer verstimmt, da die Alliierten Belgien aufforderten, sich mit Deutschland auseinanderzusetzen. „Petit Parisien“ meldet, daß Symans nach längeren Besprechungen mit dem Ministerrat und dem König heute nach Paris zurückgekehrt sei. Der „Matin“ berichtet, daß in Brüssel heute patriotische Verbände vor dem Stadthaus demonstrieren wollen, um die völlige Wiedergutmachung des Schadens durch Deutschland und die Erfüllung aller territorialen Wünsche zu verlangen. Andernfalls dürfe die belgische Delegation den Vertrag nicht unterzeichnen. „Homme Libre“ teilt heute mit, daß die deutsche Delegation aufgefordert wurde, den Wortlaut der neuen deutschen Verfassung, ohne welche die genaue Prüfung der Vollmacht unmöglich sei, den Entente-Regierungen vorzulegen, was sofort durch Überreichung des Deutschen Reichsgesetzblattes geschah.

## Der belgische Kronrat unterzeichnet den Vertrag.

Brüssel, 4. Mai. (Havas-Neuter.) Der Kronrat hat beschlossen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ferner wurde beschlossen, um die Unterstützung der Alliierten zwecks Eröffnung von Unterhandlungen mit Holland zur Regelung der Frage der freien Schelde und der Freiheit der östlichen Flussverbindungen Belgiens zu ersuchen.

Amsterdam, 4. Mai. (W. I. B.) Nach Meldungen aus Belgien wurden dort gestern Massenunruhen gegen die Beschließung des Dreierates und zugunsten besserer Friedensbedingungen für Belgien veranstaltet.

## Deutschösterreich und Elsaß-Lothringen.

Verailles, 3. Mai. „Echo de Paris“ erfährt, daß das territoriale Statut Deutschlands gestern von Clemenceau, Lloyd George und Wilson endgültig geregelt wurde. Deutschland muß verzichten, seine Macht wieder herzustellen, indem es seine Grenzen in Mittel- und Osteuropa ausdehnt. Der Drang nach Osten soll durch die gestern angenommene Abmachung unmöglich gemacht werden. Betreffs Österreich wurde festgesetzt, daß es unter der Ägide des Völkerbundes eine neutrale Republik werden muß mit dem Verbot, sich mit Deutschland zu verbinden oder sich diesem anzuschließen. Weiter nahm der Dreierat Bestimmungen über Elsaß-Lothringen an, das einschließlich der Eisenbahnen in französischen Besitz übergeht. Die Beziehungen Elsaß-Lothringens zu Deutschland, ferner das Statut Luxemburg, dessen gesamte Beziehungen zu Deutschland gelöst werden, und auch die Kabinetsfrage wurden gestern durch den Dreierat und Außenministerrat geregelt. „Homme Libre“ teilt mit, daß die französisch-englische Auffassung, wonach die Kabinetsfrage als Kriegsbeute betrachtet und jenen Alliierten zugestimmt werden, die sie beschlagnahmten, durchgedrungen sei, so daß Frankreich mehrere wichtige Kabinets, namentlich zwischen Brest und Marokko, erhält, während die übrigen Kabinets zum Teil in englische Hände geraten.

## Die Zukunft des Kaisers.

Berlin, 5. Mai. (Von unserem Berliner Vertreter.) Berliner Zeitungen dementieren die Meldung der „Germânia“, daß der Kaiser der Regierung den Wunsch unterbreitet habe, ihm den Aufenthalt auf seinem Gut Cabinnen zu gestatten. Angeblich sei an Regierungsstelle von einem solchen Wunsch des Kaisers nichts bekannt. Tatsache bleibt trotzdem, daß der frühere Kaiser durch Vermittlung dahin werden läßt, daß ihm die Einreise in Deutschland unter der Versicherung gestattet werde, daß er die jetzige Regierung anerkenne und sich verpflichte, nichts gegen die deutsche Re-